

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 42

vom 1. November 2013
Redaktion: Katja Richardt

Soziales

Winternotprogramm – Chance zur Beratung..... 2

Gesundheit und Verbraucherschutz

Neues Verfahren zur Früh- erkennung von Glücksspielsucht 4

Präimplantationsdiagnostik: Gemeinsame Ethikkommission der norddeutschen Länder 6

Frisch geimpft durch den Winter 8

Alle Notfall-Nummern stets griffbereit 9

Schule, Jugend und Berufsbildung

Besuch einer Kita und einer Vorschulklasse sollen rechtlich gleich gestellt werden..... 11

Schule Lämmersieth, Gymnasium Klosterschule und Stadtteilschule Poppenbüttel
Hamburgs beste Ganztagschulen 13

HIBB-Zentrale mit Qualitätssiegel ausgezeichnet 15

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Senat beschließt weitere Erleichterungen für den Wohnungsbau 17

Wirtschaft

Neue Förderung für innovative Gründer 18

Internationale Bauausstellung

Zum Abschluss der Internationalen Bauausstellung (IBA) würdigt
Bürgermeister Scholz die positiven Folgen des Großprojekts 21

Die IBA geht – ihre Projekte bleiben 23

Kultur

John Neumeier verlängert Vertrag als Intendant des Hamburg Ballett..... 25

Zur Information

Terminkalender 27

28. Oktober 2013/basfi28

Pressemitteilung

Winternotprogramm – Chance zur Beratung

Winternotprogramm 2013/2014 startet am 1. November 2013

Am kommenden Freitag beginnt das Winternotprogramm 2013/2014, das Obdachlose vor der Kälte schützen soll. An über 20 Standorten stellen der Senat, Kirchengemeinden und Freie Träger insgesamt 700 Schlafplätze zur Verfügung.

„Auch im kommenden Winter gilt, dass in Hamburg niemand auf der Straße leben muss“, sagt Sozialsenator Detlef Scheele. „Die Erfahrungen aus vergangenen Winternotprogrammen haben gezeigt, dass nicht nur Hamburger Obdachlose das Angebot zum Schutz vor Erfrierung nutzen. Wir starten deshalb mit deutlich mehr Schlafplätzen als in den vergangenen Jahren.“

Winternotprogramm	Plätze (Start)
2012/2013	252
2013/2014	700

„Das Winternotprogramm kann keine Dauereinrichtung sein, deshalb nützt es nichts, nur einen Schlafplatz zur Verfügung zu stellen. Neben der klassischen Obdachlosenberatung, die ganzjährig stattfindet, werden sich deshalb erneut die Anlaufstelle für wohnungslose EU-Bürger und erstmals das Flüchtlingszentrum im Winternotprogramm engagieren. Unsere gemeinsame Aufgabe besteht darin, die Hilfesuchenden offen und ehrlich über ihre Perspektiven in Hamburg zu beraten“, so Senator Scheele. „Niemandem ist geholfen, wenn er mit falschen Hoffnungen nach Hamburg kommt und nicht frühzeitig über seine Chancen aufgeklärt wird.“

Die Vermittlung der Schlafplätze erfolgt unbürokratisch über folgende Einrichtungen:

- Tagesaufenthaltsstätte „Bundesstraße“ im Diakoniezentrum für wohnungslose Menschen (Bundesstraße 101, U Christuskirche)
- Tagestreff „Kemenate“ für obdachlose Frauen (Charlottenstraße 30, U Emilienstraße)
- Bahnhofsmision (Hauptbahnhof; außerhalb der Öffnungszeiten anderer Einrichtungen)

Erkenntnisse aus dem Winternotprogramm 2012/2013

Das Winternotprogramm 2012/2013 wurde von insgesamt 2.559 Personen in Anspruch genommen, darunter 41% aus osteuropäischen Ländern, 22% aus Deutschland, 21% aus afrikanischen Staaten und 16% aus anderen Nationen.

Ein langfristiger Erfolg ist die Überwindung der Obdachlosigkeit von 113 Menschen, die aus dem Winternotprogramm heraus in eine Wohnunterkunft, eine Wohnung oder in Wohnprojekte, Therapieeinrichtungen oder Pflegeheime vermittelt werden konnten.

Hintergrundinformationen

Von den in Hamburg ganzjährig zur Verfügung stehenden rund 9.000 Plätzen in der öffentlich rechtlichen Unterbringung werden derzeit rund 2.800 Plätze von wohnungslosen Menschen genutzt. Darüber hinaus stehen Tagesaufenthaltsstätten, Bahnhofsmissionen, Essensausgabestellen und Angebote der Straßensozialarbeit zur Verfügung. Eine medizinische Versorgung erhalten Obdachlose mit der „Mobilen Hilfe“, den drei Schwerpunktpraxen für wohnungslose Menschen und in der Krankenstube für Obdachlose.

Das Winternotprogramm gibt es seit 1992. Seit 2011 engagiert sich auch die Anlaufstelle für wohnungslose EU-Bürger. Im Jahr 2012 wurde eine Hotline für gefährdete obdachlose Menschen eingerichtet, bei der Bürger unter der Nummer 428 28 5000 anrufen können, wenn sie einen hilfebedürftigen Obdachlosen auf der Straße sehen. Die zuständigen Straßensozialarbeiter werden dann umgehend informiert, um die obdachlosen Menschen auf der Straße aufzusuchen und Hilfe anzubieten. In akuten Fällen sollte unmittelbar die Polizei oder die Feuerwehr informiert werden.

Einen Überblick über alle Hilfen rund um das Thema Obdachlosigkeit sind auf der Internetseite www.hamburg.de/obdachlosigkeit zusammengefasst.

Rückfragen an:

Marcel Schweitzer

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle

Tel: +49 40 428 63 – 2889

marcel.schweitzer@basfi.hamburg.de

28. Oktober 2013/bgv28



Neues Verfahren zur Früh- erkennung von Glücksspielsucht

Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks: Wertvoller Beitrag zur Suchtprävention

Wissenschaftler aus Hamburg und Bremen haben mit finanzieller Förderung der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) eine Methode entwickelt, um suchtgefährdete Spielerinnen und Spielern an Geldspielautomaten in Zukunft frühzeitiger erkennen und ihnen damit besser helfen zu können. Das entwickelte Screening-Verfahren umfasst 18 Verhaltensmerkmale, die auf ein problematisches Spielverhalten hinweisen. Anhand einer verständlichen Checkliste kann das Personal von Spielhallen problematisches Spielverhalten verlässlicher identifizieren und den Spielerschutz verbessern.

„Wir wissen, welche Suchtgefahren von Geldspielautomaten ausgehen. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass nun ein Instrument vorliegt, mit dem problematisches Spielverhalten oder darauf hinweisende Verhaltensweisen besser erkannt werden können“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Das verbessert den Schutz der Spielerinnen und Spieler und trägt so zur Suchtprävention bei.“

Prof. Dr. Gerhard Meyer und Dr. Tobias Hayer von der Universität Bremen sowie Dr. Jens Kalke und Sven Buth vom Institut für Interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung in Hamburg haben das Screening-Verfahren gemeinsam entwickelt. Es umfasst 18 Punkte, die konkrete Merkmale des individuellen Spielverhaltens (z.B. Spieldauer oder Einsatzvolumen), aber auch Verhaltensweisen abseits der eigentlichen Spielaktivitäten (z.B. Umgang mit Geld oder generelles Auftreten) einbeziehen. Zentrales Anliegen des Forschungsprojekts war es, ein Instrument zu konzipieren, das einerseits gängige wissenschaftliche Gütekriterien erfüllt und sich andererseits als praxistauglich und anwenderfreundlich erweist. Seine Alltagstauglichkeit hat das Verfahren bei einem Pilottest bereits angedeutet.

Gewerbliches Automatenenspiel ist mit hohen Suchtgefahren verbunden. Die Betreiber solcher Einrichtungen sind daher gesetzlich verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz der Spielerinnen und Spieler zu treffen. Bislang war es im Spielhallenbereich allerdings nicht möglich, auf ein wissenschaftlich überprüftes Früherkennungs-Instrument zurückzugreifen. Der jetzt vorliegende Forschungsbericht, der die Entwicklung des Screening-Instruments dokumentiert, schließt diese Erkenntnislücke.

Der Forschungsbericht kann auf der Seite der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz unter <http://www.hamburg.de/drogen-und-sucht/> bzw. auf der Seite von Prof. Dr. Gerhard Meyer von der Universität Bremen unter <http://gerhard.meyer.uni-bremen.de/publications.html> heruntergeladen werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

30. Oktober 2013/bgv30

Präimplantationsdiagnostik: Gemeinsame Ethikkommission der norddeutschen Länder Kommission soll bei der Ärztekammer Hamburg angesiedelt werden

Die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben sich darauf verständigt, bei der Ärztekammer Hamburg eine gemeinsame Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik einzurichten. Ein entsprechendes Abkommen, das Gesetzeskraft erlangen soll, hat der Senat auf den Weg gebracht.

Präimplantationsdiagnostik ist die genetische Untersuchung eines außerhalb des Körpers erzeugten Embryos vor dessen Implantation in die Gebärmutter einer Frau. Sie darf ausschließlich zur Vermeidung von schweren Erbkrankheiten, Tot- oder Fehlgeburten Anwendung finden. Das Embryonenschutzgesetz knüpft die Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik an weitere gesetzliche Voraussetzungen: Eine solche Maßnahme darf erst dann vorgenommen werden, wenn eine interdisziplinär zusammengesetzte Ethikkommission die Einhaltung der Voraussetzungen geprüft und eine zustimmende Bewertung abgegeben hat.

„Für einzelne Betroffene ist eine genetische Untersuchung vor einer Schwangerschaft durch eine Implantation von besonderer Bedeutung“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Wir haben uns zur Einrichtung einer gemeinsamen norddeutschen Ethikkommission entschlossen, da es Sinn macht, hier länderübergreifend tätig zu werden und Doppelstrukturen zu vermeiden. So gewährleisten wir zudem eine kontinuierliche Prüftätigkeit und sichern damit auch die Qualität.“

Die Zuständigkeit der Ethikkommission erstreckt sich auf alle Zentren, die von einem am Abkommen beteiligten Land zur Präimplantationsdiagnostik zugelassen werden. Eine möglichst geringe Anzahl von Ethikkommissionen trägt zu einer einheitlichen Entscheidungspraxis und damit zur Rechtssicherheit gegenüber den Antragsberechtigten bei.

Die Bewertung der Zulässigkeit einer Präimplantationsdiagnostik beinhaltet neben medizinischen auch psychologische, soziale und ethische Aspekte. Aus diesem Grund ist vorgesehen, dass über die Anträge eine aus acht Mitgliedern bestehende Kommission entscheidet. Um den gemeinsamen Charakter des Abkommens zu unterstreichen, sollen die Mitglieder der Kommission im Einvernehmen mit den Ländern benannt und im Anschluss daran von der Ärztekammer Hamburg berufen werden.

Die Ärztekammer Hamburg hat sich bereit erklärt, die Ethikkommission für Präimplantationsdiagnostik als eine rechtlich unselbständige Einrichtung zu führen.

Nach der Entscheidung des Senates wird über das Abkommen noch in der Hamburgischen Bürgerschaft entschieden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

31. Oktober 2013/bgv31

Frisch geimpft durch den Winter

Grippe: Gesundheitsbehörde rät insbesondere älteren Menschen zur Schutzimpfung

Der Winter steht vor der Tür – höchste Zeit, sich gegen die saisonale Grippe impfen zu lassen, um für die kommenden kalten Monate gut gerüstet zu sein. Insbesondere Menschen über 60 Jahre sollten die Gelegenheit zu einer Impfung nutzen: Mit zunehmendem Alter lässt die Immunabwehr häufig nach – ein ausreichender Impfschutz ist deshalb lebenswichtig. Mit einer Informationskampagne in den Hamburger U- und S-Bahnen ruft die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) auch in diesem Jahr gezielt Menschen über 60 Jahre dazu auf, ihre Ärztin oder ihren Arzt auf Schutzimpfungen anzusprechen.

Der Aufruf zur Impfung richtet sich insbesondere auch an das Personal in medizinischen Einrichtungen und in Einrichtungen der Pflege. Denn wer geimpft ist, schützt nicht nur sich selbst, sondern vermeidet auch eine Ansteckung anderer. Dies ist gerade bei medizinischem und pflegerischem Personal, das mit immunschwachen Menschen in engem Kontakt steht, wichtig und eine Frage der persönlichen Verantwortung.

Die Grippe ist eine ernsthafte Viruserkrankung der Atmungsorgane, die zu gefährlichen Komplikationen führen kann. Sie wird von Mensch zu Mensch durch Tröpfchen-Infektion übertragen und ist äußerst ansteckend. Da sich die Grippeviren ständig verändern, wird für jede Grippezeit ein angepasster Impfstoff entwickelt. Aus diesem Grunde ist es nötig, die Grippeimpfung jährlich zu wiederholen. Nur so ist ein zuverlässiger Schutz gewährleistet. Die Ständige Impfkommission (STIKO) beim Robert Koch-Institut empfiehlt älteren Menschen, Personal in medizinischen Einrichtungen und in Einrichtungen der Pflege, chronisch Kranken jeden Alters sowie Schwangeren ab der 12. Schwangerschaftswoche eine jährliche Impfung gegen die Virusgrippe (Influenza). Bei dieser Gelegenheit sollte auch der Impfschutz gegen Pneumokokken, Diphtherie, Tetanus und Pertussis (Keuchhusten) überprüft werden.

Grippe-Impfungen nehmen Ärztinnen und Ärzte, Betriebsärztinnen und -ärzte sowie die Gesundheitsämter der Bezirke in ihren monatlichen Impfsprechstunden vor. Grippeimpfstoffe stehen nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg und des Apothekervereins Hamburg in diesem Jahr in der Hansestadt ausreichend zur Verfügung. Impfen lassen kann sich jeder nach vorheriger Terminvereinbarung auch im Impfzentrum Hamburg (www.hamburg.de/impfzentrum): Beltgens Garten 2, 20537 Hamburg, Telefon (0 40) 428 54-4420. Terminvergabe und telefonische Sprechstunde: Montag bis Donnerstag von 8 bis 16 Uhr, freitags von 8 bis 12 Uhr.

Weitere Informationen zur Grippe und zu Impfungen gibt es unter <http://www.hamburg.de/grippe>.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Rico Schmidt; Tel.: 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

1. November 2013/bgv01

Alle Notfall-Nummern stets griffbereit Gesundheitsbehörde gibt neues Faltblatt zur Hilfe im Notfall heraus

An wen kann man sich bei einer plötzlichen Erkrankung wenden? Welche Apotheke in der Nähe hat gerade Notdienst? Wo gibt es Hilfe, wenn die Zahnarztpraxis geschlossen hat? Ein neues Faltblatt der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz (BGV) zur Hilfe im Notfall gibt Antworten auf diese Fragen. In kompakter Form führt es alle Nummern und Einrichtungen auf, die für Hamburgerinnen und Hamburger bei medizinischen Notfällen wichtig sind.

Das neue Faltblatt soll für Aufklärung sorgen – gerade in Fällen von leichten Erkrankungen, in denen nicht der Rettungsdienst oder der Notarzt gefordert ist. Hier suchen viele Patientinnen und Patienten zu oft die Notaufnahme des nächstgelegenen Krankenhauses auf und müssen vielfach lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Oder es wird ein Rettungswagen der Hamburger Feuerwehr gerufen, obwohl der Besuch bei der Hausärztin oder Hausarzt am nächsten Tag ausreichen würde.

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks: „Ich hoffe, dass viele Hamburgerinnen und Hamburger das Faltblatt nutzen, um im Notfall schnell die richtige Hilfe zu finden. Es bietet zudem die Möglichkeit, wichtige persönliche Angaben zu notieren, die im Ernstfall lebensrettend sein können.“

Hamburg verfügt über ein breit ausdifferenziertes Notfall- und Unterstützungsnetzwerk im medizinischen Bereich. Das Faltblatt „Hilfe im Notfall – An wen wende ich mich bei plötzlicher Erkrankung?“ soll den Bürgerinnen und Bürgern helfen, sich besser im vielfältigen System der Not- und Unfallversorgung in Hamburg zurechtzufinden und schnell den richtigen Ansprechpartner zu finden.

So gibt es beispielsweise den ärztlichen Notfalldienst, der bei leichteren Erkrankungen hilft, wenn die Hausarztpraxis gerade nicht geöffnet hat. Für Zahnerkrankungen gibt es ebenfalls einen Notfalldienst, der über eine zentrale Hotline der Kassenzahnärztlichen Vereinigung erreichbar ist. Die Kassenärztliche Vereinigung unterhält darüber hinaus zwei Notfallpraxen und einen kinderärztlichen Notfalldienst, der an Wochenenden und Feiertagen erreichbar ist. Diese und weitere Hilfsangebote sind im neuen Faltblatt aufgeführt, der auch Raum für eigene Eintragungen lässt. So sind im Notfall stets alle wichtigen Daten schnell zur Hand.

Walter Plassmann, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg: „Wir stellen eine hervorragende ambulante Versorgung sicher – und das rund um die Uhr. Der Flyer gibt den Patienten eine wichtige Orientierung, an welche Stelle sie sich im Fall einer Erkrankung wenden können.“

Oberbranddirektor Klaus Maurer, Leiter der Feuerwehr Hamburg: „Bei lebensbedrohlichen Erkrankungen oder Unfällen kommt es auf jede Sekunde an. Zögern Sie nicht, über die Notrufnummer „112“ schnelle Hilfe zu rufen. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass die kompetente und fachkundige Hilfe bis hin zur Anleitung von lebenserhaltenden Reanimationsmaßnahmen für Ersthelfer bereits über Ihren ersten Kontakt mit den Disponentinnen und Disponenten der Rettungsleitstelle der Feuerwehr Hamburg realisiert wird. Damit die Rettungswagen und Notärzte für die wirklich dringlichen Fälle verfügbar sind, gibt dieser Flyer wertvolle Hinweise, das Gesamtangebot medizinischer Vorsorge angemessen zu nutzen.“

Dr. Dirk Janssen, stellvertretender Vorstand des BKK-Landesverbandes NORTHWEST: „Die Betriebskrankenkassen halten den Flyer für hilfreich und wichtig. Er ist ein sinnvoller Wegweiser, damit hilfeschuchende Patienten schnell den für ihren Bedarf passenden medizinischen Notfalldienst in Hamburg finden.“

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg weist auf das umfassende Versorgungsangebot in den Zahnarztpraxen auch außerhalb der normalen Behandlungszeiten sowie den nächtlichen Notdienst im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg hin.

Zu bestellen ist das Faltblatt „Hilfe im Notfall“ per E-Mail unter publikationen@bgv.hamburg.de oder telefonisch unter 040-428.37- 2368.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt; Tel.: 040/ 428 37-2332
E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

30. Oktober 2013/bsb30

Besuch einer Kita und einer Vorschulklasse sollen rechtlich gleich gestellt werden

Schulbehörde schlägt Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes vor

Bei der Einschulung in die 1. Klasse soll das seit langem bewährte Hamburger Verfahren beibehalten werden. Schulsenator Ties Rabe: „In Hamburg können die Eltern die Grundschule für ihre Kinder frei wählen. Durchschnittlich werden 95% dieser Wünsche erfüllt. Weil aber an einigen Schulen hin und wieder zu viele Kinder angemeldet werden, gibt es für die verbleibenden 5% ein Verfahren, in dem geregelt wird, welches Kind jeweils die Schule besuchen kann. Das in Hamburg seit Jahren bewährte Verfahren soll bleiben. Wie das Obergericht festgestellt hat, muss dazu das Hamburgische Schulgesetz angepasst werden. Deshalb hat die Schulbehörde rechtzeitig vor der Anmeldeperiode zum Schuljahr 2014/15 der Deputation einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Eine Vorlage des Senats an die Hamburgische Bürgerschaft ist für Anfang November vorgesehen. Mit unserem Vorschlag wollen wir zugleich das bisherige Wahlrecht der Eltern zwischen Kita und Vorschule erhalten. Eine erstmals eingeführte Bevorzugung von Vorschulkindern würde dieses Wahlrecht aushöhlen. Deshalb achten wir auch künftig darauf, dass beide Angebote die gleichen Startchancen ermöglichen. Bei der Einschulung in die 1. Klasse soll wie bisher keine Gruppe bevorzugt werden.“

Das Hamburgische Obergericht (OVG) hat in seinem Beschluss vom 17. Juli 2013 (1 Bs 213/13) festgestellt, dass die Behörde für Schule und Berufsbildung dem in § 42 Absatz 7 Hamburgisches Schulgesetz festgelegten Kriterium des Besuchs von Vorschulklassen (VSK) bei ihrer Ermessensentscheidung, welchen Kindern sie einen Platz in Klasse 1 bei der Auswahl der aufzunehmenden Grundschülerinnen und Grundschüler zuweist, nicht ausreichend Rechnung getragen hat.

Ohne eine Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes wären nach der Rechtsprechung des OVG in der kommenden Anmeldrunde nach den altersangemessenen Schulwegen und den Geschwisterkindern sowie ggf. möglichen Härtefällen zunächst alle Kinder aus der VSK an einer Grundschule aufzunehmen. Kinder, die eine Kita besuchen, würden auch bei einem vergleichsweise kürzeren Schulweg das Nachsehen haben. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird verhindert, dass Eltern aus Sorge um den Platz in den 1. Klassen einer Grundschule unter Druck geraten, ihr Kind bereits ein Jahr vor Schulbeginn in der VSK anzumelden, obwohl ein Verbleib des Kindes in der bisher besuchten Kita gewünscht wird. Ziel ist es vielmehr, die Wahlmöglichkeiten der Eltern und auch die Vielfalt der Angebote in der vorschulischen Erziehung zu erhalten.

Hintergrundinformation:

In Hamburg können Eltern die Schule ihrer Kinder frei wählen. Lediglich dann, wenn eine Schule überangewählt wurde, greift ein Verteilungsverfahren nach den Kriterien des § 42 Absatz 7 HmbSG

ein; dies betraf zum Schuljahresbeginn 2013/14 in den 1. Klassen nur knapp 5 % der Schülerinnen und Schüler; 95 % der Schülerinnen und Schüler konnten an der Erstwunschschule aufgenommen werden.

Die wesentlichen Verteilungskriterien der Behörde für Schule und Berufsbildung für Grundschulplätze, altersangemessene Schulwege und die gemeinsame Beschulung von Geschwisterkindern, sind in den vergangenen Jahren unverändert geblieben und haben sich bewährt. Über das Kriterium der altersangemessenen Schulwege besucht bereits nach dem bisherigen Verfahren ein hoher Prozentsatz der Kinder aus VSK die 1. Klasse an der entsprechenden Schule. Der Besuch einer VSK führte bisher nur in wenigen Einzelfällen dazu, dass ein Kind einen Schulplatz erhielt, den es ohne diesen Besuch nicht erhalten hätte.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 42863 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

30. Oktober 2013/bsb30a

Schule Lämmersieth, Gymnasium Klosterschule und Stadtteilschule Poppenbüttel Hamburgs beste Ganztagschulen

Handelskammer zeichnet zum ersten Mal vorbildliches Ganztagskonzept aus

Die Handelskammer hat die Grundschule Lämmersieth (Barmbek-Nord) als „Beste Ganztagschule 2013“ ausgezeichnet. Die Juroren überzeugte das engagierte Konzept der Schule: Dazu gehören ein kostenfreies Frühstück für die Schüler, ein warmes, gesundes Mittagessen, Kochkurse für die Jugendlichen, ein attraktives Nachmittagsangebot, Sprachfördergruppen, ein Schulgarten, ein Business Netzwerk für Kinder, Theaterprojekte, eine Kunstetage sowie Bewegungsangebote. Die Grundschule erhielt neben einer Urkunde 5.000 Euro für den weiteren Ausbau ihres Ganztagskonzepts. Den zweiten und dritten Platz belegten das Gymnasium Klosterschule in St. Georg und die Stadtteilschule Poppenbüttel.

Schulsenator Ties Rabe gratulierte den Preisträgerschulen: „Ich freue mich sehr, dass die gemeinsamen Anstrengungen von Schulleitungen, Lehrkräften, Trägern, Eltern und Behörde auf so fruchtbaren Boden gefallen sind. Die Auszeichnungen sind Ansporn Schritt für Schritt die Ganztagsangebote wie auch das Schulangebot insgesamt qualitativ weiterentwickeln.“

Um die Zahl der Jugendlichen mit geringen oder fehlenden Bildungsabschlüssen zu senken, müsse der schulische Erfolg zukünftig stärker vom sozialen Hintergrund und vom persönlichen Engagement der Eltern entkoppelt werden, sagte Handelskammer-Vizepräsident Dr. Thomas M. Schünemann. „Damit dieses Ziel erreicht werden kann, gibt es für Hamburg aus Sicht unserer Handelskammer nur eine Lösung: Wir benötigen die flächendeckende Einführung echter Ganztagschulen mit einem verpflichtenden Angebot, in denen die Schüler ein warmes und gesundes Mittagessen erhalten und am Nachmittag eine durch Lehrkräfte oder geeignetes Fachpersonal durchgeführte Hausaufgabenbetreuung stattfindet.“ Ebenso sollten kulturelle und sportliche Angebote Platz im

Nachmittagsangebot von Schulen finden und die sozialen und persönlichen Kompetenzen der Schüler durch besondere Projekte gefördert werden.

Rückfragen der Medien:

Handelskammer Hamburg Dr. Jörn Arfs, Leiter des Stabsbereichs Kommunikation Tel. (040) 36138-301 E-Mail: joern.arfs@hk24.de Internet: www.hk24.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 42863 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

1. November 2013/bsb01

HIBB-Zentrale mit Qualitätssiegel ausgezeichnet

Hamburger Institut für Berufliche Bildung steuert, berät und unterstützt 44 staatliche berufsbildende Schulen

Um die Qualitätsentwicklung in seiner Arbeit systematisch fortzuentwickeln, hat die zentrale Verwaltung des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) ein Qualitätsmanagementsystem erfolgreich aufgebaut. Hierfür ist das HIBB mit dem Qualitätssiegel „Qualitätszentrierte Entwicklung in der Schulverwaltung – QZE“ durch die Tübinger Gutachter der MTO Psychologische Forschung und Beratung ausgezeichnet worden.

Staatsrat Dr. Michael Voges: „Die vielschichtige Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei diesem Qualitätsentwicklungsprozess und die umfassende Verknüpfung von Leitzielen und administrativen Details sind dem HIBB sehr gut gelungen. Ich bin mir sicher, dass die konsequente Verfolgung der Maßnahmen weitere Erfolge zeigen wird. Zu seiner Auszeichnung gratuliere ich dem HIBB sehr herzlich.“

Bereits im Herbst 2011 wurde in der HIBB-Zentrale eine Projektgruppe für das Qualitätsmanagement (QM) bestehend aus Mitarbeitenden aller Abteilungen sowie dem Personalrat eingesetzt. Innerhalb der Abteilungen sind Leitziele, Kriterien und Standards der Zielerreichung formuliert worden. Deren gemeinsame Erarbeitung und Reflektion befördert die Zielklarheit und verbessert die Arbeitsprozesse. Auch sind Geschäftsprozesse dokumentiert oder systematisch vervollständigt, ein Beschwerdemanagement neu eingeführt oder die Kommunikationsprozesse beschrieben worden.

Durch die Entwicklung des QM-Leitbildes in den Referaten und Abteilungen, einen QM-Workshop mit rund 50 Mitarbeitenden, die Beteiligung über ein internetgestütztes Forum sowie eine Mitarbeiterkonferenz hierzu ist eine breite Beteiligung erreicht worden. Ein Workshop zur Auditierung mit der externen Beraterfirma MTO stellte im August 2013 den Beginn des Zertifizierungsprozesses dar. Deren erfolgreicher Abschluss wird durch die Übergabe des QZE-Qualitätssiegels dokumentiert. Das HIBB wird seine Zielerreichung, -reflexion und -weiterentwicklung auf standardisierten Qualitätsforum fortsetzen und dokumentieren.

Das HIBB besteht seit 2007 als eigenständiger Landesbetrieb der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB). Es umfasst die 44 staatlichen berufsbildenden Schulen und die Zentrale. Aufgaben der HIBB-Zentrale sind die Steuerung, Beratung und Unterstützung der Schulen sowie die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in Hamburg und die Schulaufsicht.

Rückfragen der Medien:

Hamburger Institut für Berufliche Bildung Uwe Grieger, Leiter Qualitätsmanagement Tel. (040) 42863 2314 E-Mail: uwe.grieger@hibb.hamburg.de Internet: www.hibb.hamburg.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel. (040) 42863 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

29. Oktober 2013/bsu29

Senat beschließt weitere Erleichterungen für den Wohnungsbau

Bauherren entscheiden künftig selbst über die Anzahl ihrer Autostellplätze

Der Senat hat heute die Abschaffung der generellen Stellplatzpflicht bei Wohnungsbauvorhaben in Hamburg beschlossen. Die Stellplatzregelung zwingt derzeit jeden Bauherren, 0,6 - 0,8 Autostellplätze pro Wohneinheit zu bauen. Diese starre Vorschrift berücksichtigt nach Auffassung des Senats nicht mehr den individuellen Bedarf an Stellplätzen und wird dem geänderten Mobilitätsverhalten der Hamburger nicht mehr gerecht. Künftig soll die Schaffung von Stellplätzen bei Wohnungsbauvorhaben deshalb in die Verantwortung der Bauherren übertragen werden.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Durch die Aufhebung der Stellplatzpflicht für den Wohnungsbau hat der Bauherr die Möglichkeit, nur so viele Stellplätze zu bauen, wie auch tatsächlich benötigt werden. Das spart Kosten. Insbesondere im geförderten und beim genossenschaftlichen Wohnungsbau führt die Stellplatzverpflichtung zurzeit häufig dazu, dass mehr Parkplätze gebaut werden müssen als von den Bewohnern tatsächlich benötigt werden. Manche Bauvorhaben werden deshalb überhaupt nicht realisiert. Wir erwarten durch die Aufhebung der Stellplatzpflicht eine Vereinfachung und Beschleunigung des Wohnungsbaus in Hamburg.“

Die Aufhebung der Stellplatzpflicht wird nicht dazu führen, dass keine Stellplätze mehr errichtet werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass Bauherren auch ohne rechtliche Verpflichtung nachfrage- und bedarfsgerecht Stellplätze bauen werden. Diese Bewertung ist aus Erfahrungen mit der Aufhebung der Stellplatzpflicht in Berlin vor 15 Jahren belegt.

Die Wohn- und Lebensbedürfnisse haben sich verändert. Immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger steigen auf Bus und Bahn um, nutzen Carsharing-Modelle oder werden zu Radfahrern. Diesen Trend will der Senat fördern. Das heißt auch, dass die Pflicht zur Herstellung von Fahrradplätzen bei Wohnungsbauvorhaben weiterhin aufrechterhalten wird.

Rückfragen der Medien

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040/ 42840-2051

pressestelle@bsu.hamburg.de

01. November 2013/bwvi01

Neue Förderung für innovative Gründer

InnovationsAllianz Hamburg entwickelt mit InnoRampUp ein einzigartiges Förderprogramm

Auf dem Weg, Hamburg zu einer Innovationsmetropole zu entwickeln, arbeiten Hamburger Wirtschaft, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation eng zusammen. Heute hat die Hamburger Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation gemeinsam mit der Investitions- und Förderbank (IFB) und mit der Innovationsstarter Hamburg GmbH der Innovationsstrategie des Senats einen weiteren wichtigen Baustein hinzugefügt.

Das InnoRampUp Programm fördert innovative Existenzgründungen und junge innovative Unternehmen. Ziel ist es die Gründer zu unterstützen und ihnen zu Wachstum und Marktablierung zu verhelfen. Für den Standort Hamburg bedeutet das die Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeits- und Ausbildungsplätze und die Stärkung des Innovationsstandortes Hamburg. Auch das Gründungsklima verbessert sich.

Um Einblicke in das neue Förderprogramm zu erhalten, haben sich am frühen Freitagmorgen etwa 200 potentiell Gründungsinteressierte im „Panoramadeck“ des „Emporio“ über den Dächern von Hamburg eingefunden. Neben den Reden von Wirtschaftssenator Horch, IFB Vorstandsvorsitzenden Sommer sowie Innovationsstarter Geschäftsführer Dr. Milde, wurde von Senator Horch offiziell der erste Zuwendungsbescheid überreicht.

Die InnovationsAllianz Hamburg befindet sich auf einem guten Weg! Bereits vor zwei Jahren wurde mit der Einrichtung der erfolgreichen und hervorragend angenommenen Innovations Kontakt Stelle (IKS) eine wesentliche Maßnahme umgesetzt. Ebenfalls in 2011 ist mit dem Innovationsstarter Fonds Hamburg ein Beteiligungsfonds gestartet, der jungen, innovativen und kapitalintensiven Unternehmen Finanzierungen von bis zu 1 Mio. EUR je Beteiligung ermöglicht. In 2012/2013 lag neben der Entwicklung des InnoRampUp Förderprogramms ein Schwerpunkt auf der Errichtung der Innovationsagentur in der IFB. Derzeit laufen u.a. intensive Bemühungen, in Hamburg ein Netz von Forschungs- und Innovationsparks (F&I-Parks) zu etablieren, zunächst mit Fokus auf die Standorte Altona, Harburg und Bergedorf.

Wirtschaftssenator Frank Horch: „Ein innovatives, intelligent verzahntes und aufeinander aufbauendes Fördersystem ist ein bedeutender Baustein, der die Innovationsfähigkeit eines Standortes erhöht. Mit InnoRampUp bieten wir einer wichtigen Zielgruppe – den innovativen Existenzgründern - das Rüstzeug für einen erfolgreichen Start ihrer Unternehmungen. Wir versprechen uns daraus viele hochwertige und zukunftssichere Arbeitsplätze.“

Ralf Sommer, Vorstandsvorsitzender der IFB Hamburg: „Als Hamburgs Förderbank wollen wir mit passgenauen Angeboten die Hansestadt als Wirtschaftsstandort weiter stärken. Die Innovationsförderung ist dabei ein zentraler Baustein unseres Förderspektrums, um damit Chancen für Wachstum gezielt zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu sichern.“

Dr. Heiko Milde, Geschäftsführer der Innovationsstarter Hamburg GmbH, freut sich über das neue Förderprogramm: „InnoRampUp trifft exakt die Bedürfnisse innovativer junger Unternehmen und Gründungen und ergänzt zudem ideal den Innovationsstarter Fonds Hamburg. Durch InnoRampUp können wir Startups in Hamburg noch besser unterstützen.“

Informationen zur Förderung:

Das Förderprogramm ist das Ergebnis einer intensiven Einbindung von Kompetenzträgern der Hamburger Wirtschaft und Wissenschaft in Arbeitsgruppen und Expertengesprächen. Dank dieser stark bedarfsorientierten Herangehensweise ist ein einzigartiges, äußerst flexibles Förderprogramm entstanden.

- Die Förderung kann bereits in der Vorgründungsphase (sog. Pre-Seed-Phase) in Anspruch genommen werden und sich über den Gründungszeitpunkt (sog. Seed-Phase) hinaus erstrecken.
- Es handelt sich um ein themenoffenes Förderprogramm. Adressiert werden innovative technologie- oder dienstleistungsorientierte Vorhaben.
- Das Förderprogramm ist flexibel gestaltet. Individuell wählbare Fördermodule sind z.B. die Förderung von Eigenleistungsaufwänden, Beratungsdienstleistungen, Prototypenentwicklungen, Umsetzungsaufwänden und Vermarktungsaktivitäten.
- Ein hochkarätig besetzter Vergabeausschuss entscheidet über die Förderung und die individuell ausgerichtete Meilenstein-Abnahme zur Erfolgskontrolle.
- Bei positiver Entscheidung des Vergabeausschusses, kann eine nicht rückzahlbare Zuschussförderung von bis zu 150.000 EUR je Vorhaben erfolgen.

Mit InnoRampUp reiht sich ein weiterer Förderbaustein in die Kette der aufeinander aufbauenden Finanzierungsinstrumente zur Förderung innovativer Unternehmen in Hamburg ein. Der Hamburger Senat zielt damit auf ein klar strukturiertes, effizientes Innovations-Fördersystem ab.

Grundlage für ein solches Fördersystem stellt nicht zuletzt die jüngst errichtete Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB) dar. Mit der IFB soll die Wirtschafts-, Innovations- und Umweltförderung in der Hansestadt gebündelt und gestärkt werden. Die weiterentwickelten Programme der Innovationsförderung werden zukünftig durch die Innovationsagentur der IFB betreut. Ergänzend dazu ist die Innovationsstarter Hamburg GmbH als Tochtergesellschaft der IFB auf die Förderung junger innovativer Unternehmen und Existenzgründungen spezialisiert. Sie ist es auch, die mit dem operativen Management von InnoRampUp betraut ist. Durch die Bündelung der Programme in der IFB werden die innovationspolitischen Rahmenbedingungen Hamburgs nachhaltig verbessert.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040-42841-1326 oder -2239

E-Mail: pressestelle@bwvi.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwvi

Folgen Sie uns auf Twitter: [@HH_BWVI](https://twitter.com/HH_BWVI)

31. Oktober 2013/pr31a

„Sozialer Wandel lässt sich organisieren“

Zum Abschluss der Internationalen Bauausstellung (IBA) würdigt Bürgermeister Scholz die positiven Folgen des Großprojekts

Zum Abschluss der Internationalen Bauausstellung (IBA) in Hamburg hat Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz die positiven Ergebnisse des Projektes für die Stadtentwicklung und insbesondere für die Elbinseln gewürdigt. „Mit der IBA wurden die Elbinseln zum Modellfall für Stadtentwicklung“, sagte Scholz am Donnerstagabend im Rahmen eines Senatsempfangs zum IBA-Abschluss. Mit ihrem Doppelmotto „Wohnen heißt bleiben“ und „Aufwerten ohne zu verdrängen“ habe die IBA frühzeitig die dauerhafte und handfeste Aufwertung der Elbinseln verfolgt, sagte Scholz.

„In Wilhelmsburg ist spektakuläres entstanden, und damit meine ich nicht nur die Architektur“, sagte Scholz. Der Stadtteil sei Beweis dafür, dass sich sozialer Wandel organisieren lasse. Dieser Wandel brauche allerdings Zeit, Ideen, Investitionen und das „Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihren Stadtteil“. Dieses Engagement hob Scholz besonders hervor: „In Wilhelmsburg haben sich viele engagiert – aus Sorge, zuweilen aus Wut über soziales abgehängt werden und aus dem Wunsch heraus, der Perspektivlosigkeit ein Ende zu bereiten. Folge sei ein Experiment gewesen, in dessen Verlauf die Elbinsel „zum Labor wurde für Stadtentwicklung und zukünftiges Wohnen. Der soziale Härtefall Wilhelmsburg wurde zum Weltquartier, zur Attraktion für Städteplaner aus aller Welt, ein Ort, an dem die Zukunft heute schon gelebt wird“, sagte Scholz.

Die IBA habe eine Milliarde Euro an Investitionen ausgelöst – private Mittel, städtische etwa für Schulbauten, Bundesmittel für die Modernisierung des S-Bahnhofs und Mittel der EU etwa für den Energieberg oder den Welt-Gewerbehof. „In keinem Stadtteil Hamburgs außer in der HafenCity wurde in den vergangenen Jahren mehr investiert. Nie zuvor wurde ein vergleichbares Zukunftskonzept für ein großstädtisches Quartier erarbeitet.

Hamburgs Bürgermeister betonte weiter, Ziel der Stadtentwicklung in Hamburg müsse „die Entwicklung aller 104 Stadtteile sein – für alle. Für Leute mit viel Geld und solche mit wenig Geld. Die IBA mit ihrer Entscheidung gegen Segregation hat auf diesem Feld Maßstäbe gesetzt, auch für andere Stadtteile. Wir wollen keine Verdrängung der weniger Betuchten in die Außenbezirke. Die jetzigen Mieter sollen da bleiben können, wo sie jetzt leben“, sagte der Erste Bürgermeister.

Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Ziel, jährlich 6000 neue Wohnungen fertigzustellen, auch um den Preisdruck auf dem Wohnungsmarkt zu verringern. Im Rahmen der IBA seien 1200 neue Wohnungen entstanden, über 500 energetisch modernisierte Wohnungsbau-Ensembles und mehr als 100.000 Quadratmeter Flächen für Büros und Dienstleistungen. Eine Vielzahl der im Rahmen der IBA entstandenen Wohnungen seien „innovative, zukunftsfähige Bauten, die es jetzt vom Prototyp zur Serienreife weiterzuentwickeln gilt“, sagte Scholz. In den nächsten Jahren könnten nach derzeitigem Stand weitere 5000 Wohnungen auf den Hamburger Elbinseln und im Harburger Binnenhafen gebaut werden.

Mit all diesen Resultaten der IBA habe sich „Wilhelmsburg, dieses amphibische „metropolitane Patchwork“ aus Grün und Wasser, aus Landschaft in der Stadt, aus Gewerbe-, Industrie- und Brachflächen als Innovationsquartier auch international einen Namen gemacht“, sagte Scholz.

Rückfragen der Medien:

Christoph Holstein
Senatssprecher
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 0404283122 44, Mobil: 01702881809
Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Rainer Müller
Leiter Stabsstelle Presse / Pressesprecher

Internationale Bauausstellung IBA Hamburg GmbH

Am Zollhafen 12 • 20539 Hamburg
Tel +49 (0) 40.226 227-335
Fax +49 (0) 40.226 227-245

rainer.mueller@iba-hamburg.de

www.iba-hamburg.de



iba01

PRESSEINFORMATION

Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau zieht positive Bilanz der IBA

Die IBA geht – ihre Projekte bleiben

„Die IBA sagt Danke und Tschüss“ – mit diesem Motto verabschiedet sich die Internationale Bauausstellung IBA Hamburg nach sieben Jahren und lädt zum Finale ins Bildungszentrum Tor zur Welt. Viele Wegebegleiter der IBA, Bewohner, Bürger und Experten kommen zu Wort, blicken zurück und nach vorne auf Erreichtes und die Zukunft der Elbinseln. Erwartet werden über 600 Gäste. Vor der feierlichen Abschiedsveranstaltung zogen Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau und IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg auf einer Pressekonferenz eine positive Bilanz.

Hamburg, 1. November 2013. – Als Aufsichtsratsvorsitzende der IBA GmbH äußerte sich Hamburgs **Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau** sehr zufrieden mit der Internationalen Bauausstellung: **„Die IBA bedeutet einen großen Entwicklungssprung für Wilhelmsburg, Veddel und den Harburger Binnenhafen. Die Stadtteile und damit auch ganz Hamburg haben mit der IBA neue Perspektiven gewonnen. Was durch die IBA angestoßen wurde, muss und wird in Zukunft fortgeführt und weiter entwickelt werden.“**

IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg sagte: **„Die IBA geht – aber ihre Projekte bleiben.** Acht Schulen und Lernorte, vier Kitas, zwei Seniorenheime, über 1.200 neue Wohnungen und 500 sanierte Altbauwohnungen und 72 Hektar Grünflächen zusätzlich zum Inselpark sind entstanden und bleiben. Dazu kommt ein veränderter Blick auf die Stadtteile, ein verändertes Image,“ so Hellweg. „Salopp gesagt: **Hamburg hat einen neuen Stadtteil!!“**

Die Hamburgerinnen und Hamburger sind ausgesprochen neugierig auf diesen „neuen Stadtteil“: Über 420.000 Besucher wurden im zu Ende gehenden Präsentationsjahr bei Ausstellungen, Touren und Führungen gezählt. **„Diese touristischen Angebote waren – neben den Projekten und Konzepten – der Schlüssel zum Erfolg der IBA Hamburg, die so auch als Publikums-IBA wahrgenommen wurde“, so Uli Hellweg.** Wie schon in den Vorjahren, als zehntausende Experten die ersten Baustellen und Fachveranstaltungen besuchten, kamen 2013 auch viele Fachbesucher aus aller Welt. „Die internationale Fachwelt blickt auf Hamburg“, so Hellweg. „Stadtplaner aus China und den USA, Architekten aus Skandinavien und Süd-Korea, Hochschulen und Stadtverwaltungen aus ganz Deutschland und Europa besuchten die IBA, um von hier zu lernen. Hamburg gilt nicht zuletzt dank HafenCity und IBA international als Vorbild für innovative Stadtentwicklung.“

Insgesamt hat die IBA 63 bauliche Projekte realisiert oder auf den Weg gebracht. In den sieben Jahren von 2006 bis 2013 wurde rund eine Milliarde Euro investiert – davon ein Drittel aus Mitteln der öffentlichen Hand und zwei Drittel aus der Privatwirtschaft. Bis 2020 kommen private Folgeinvestitionen in Höhe von voraussichtlich nochmals einer Milliarde Euro hinzu.

Noch bis einschließlich 3. November können Besucher die Internationale Bauausstellung erleben und beispielsweise mit dem Bus auf Tour zu ausgewählten IBA-Projekten gehen – darunter der

Energiebunker und der Energieberg Georgswerder. Beide Projekte sind übrigens auch während der Hamburg weiten „Langen Nacht des Wissens“ am 2. November geöffnet. Nach dem 3. November stellt die IBA das Tourenprogramm ein und schließt das IBA DOCK für Besucher aber das beliebte Café auf dem Energiebunker bleibt weiterhin geöffnet (Mittwoch bis Sonntag) und auch alle anderen Projekte können natürlich weiterhin von außen besichtigt werden.

INFOBOX: Zahlen, Daten, Fakten zum Präsentationjahr

Start und Ende des IBA-Präsentationsjahres: 23. März bis 3. November 2013

rund 3.500 Führungen im Präsentationsjahr 2013 insgesamt

1.682 Busfahrten mit dem IBA-Bus

80 kulturelle u.a. Veranstaltungen

40 Fachtagungen und Kongresse

12 Ausstellungen zeigte die IBA Hamburg im Lauf ihres Präsentationsjahres

420.000 Besucher bis heute (seit 23. März 2013)

63 bauliche Projekte

7 weitere (kulturelle, soziale oder ökologische) Projekte

1.208 Wohnungen (nur Neubau) sowie 516 sanierte Altbauwohnungen

71,5 ha Grünflächen und 100 ha Inseelpark (früheres igs-Gelände)

Mehr als 1 Mrd. € Investitionsvolumen (bis 2013)

Rund 2/3 davon privat und 1/3 aus öffentlichen Mitteln

Bildmaterial zum IBA-Präsentationsjahr:

Unsere Bilddatenbank finden Sie unter: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Mit folgendem PIN-Code können Sie auf das Bildmaterial zugreifen und es kostenlos und in hoher Auflösung herunterladen:

[9nibQ2TW](#)

Den PIN-Code tragen Sie bitte in die vorgegebene Maske auf der rechten Bildschirm-Seite ein.

Bitte geben Sie bei jeder Veröffentlichung der Bilder die korrekten und vollständigen Bildrechte an. Die Darstellungen dürfen nur zur Berichterstattung im Kontext mit der IBA Hamburg GmbH und unter Angabe der korrekten und vollständigen Bildrechte kostenfrei verwendet werden. Bei eventueller Urheberrechtsverletzung können Kostenforderungen folgen.

Die Bildrechte erscheinen, wenn Sie den Cursor auf die jeweilige Datei bewegen.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, rainer.mueller@iba-hamburg.de,

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel:

040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

29.10.2013/kb29



John Neumeier verlängert Vertrag als Intendant des Hamburg Ballett

Vertrag mit Hamburgs Ehrenbürger um vier Jahre verlängert

Der Aufsichtsrat der Hamburgischen Staatsoper und die zuständige Kommission des Senates haben den 2015 auslaufenden Vertrag mit Prof. John Neumeier als Ballettintendant und Chefchoreograf des Hamburg Ballett bis 2019 verlängert. John Neumeier steht seit 40 Jahren an der Spitze des Hamburg Ballett, seit 1996 mit dem Status eines Ballettintendanten. Unter seiner Leitung ist das Hamburg Ballett zu einer der wichtigsten Kulturinstitutionen und zu einem internationalen Kulturbotschafter der Hansestadt geworden.

Zudem wurde mit John Neumeier vereinbart, die Zukunft des von ihm aufgebauten Bundesjugendballetts zusammen mit dem Bund zu sichern und sich gemeinsam für eine dauerhafte Erhaltung der Sammlung und Stiftung John Neumeier, einer der größten privaten Ballettsammlungen der Welt, einzusetzen. Zudem soll das bedeutende Werk der inzwischen 149 Choreografien Neumeiers auf Dauer für das Hamburg Ballett gesichert werden.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „John Neumeier hat mit dem Hamburg Ballett und seiner Leidenschaft für den Tanz in den letzten vierzig Jahren beispiellose Erfolge gefeiert. Wir sind froh, diese Erfolgsgeschichte fortschreiben zu können und auch für die Zukunft zu sichern. John Neumeier hat mit seiner Compagnie Hamburg zu einer der weltweit bedeutendsten Tanzstädte gemacht. Diesen Schatz wollen wir mit John Neumeier gemeinsam für die Zukunft bewahren und ausbauen.“

Prof. John Neumeier, Ballettintendant und Chefchoreograf, HAMBURG BALLETT: „Ich freue mich, meine Arbeit in Hamburg fortzusetzen. Nach ernsten und präzisen Verhandlungen sind wir, glaube ich, zu einem guten Ergebnis gekommen. Die Verlängerung von vier Jahren soll auch dazu dienen, mein Werk und die Tradition, die wir in vierzig Jahren aufgebaut haben, für das HAMBURG BALLETT nach meiner Amtszeit zu sichern.“

John Neumeier übernahm 1973 die Leitung des Hamburg Ballett und ist damit der dienstälteste Ballettdirektor der Welt. Er ist Träger zahlreicher Ehrungen und Auszeichnungen, unter anderem ist er seit 2007 Ehrenbürger der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Repertoire des Hamburg Ballett befinden sich alle 149 Choreografien von John Neumeier, zusammen mit seiner Compagnie war er bislang zu mehr als 1.000 Vorstellungen auf 312 Gastspielen in über 30 Ländern auf vier Kontinenten zu Gast.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

enno.isermann@kb.hamburg.de

Jérôme Cholet

HAMBURG BALLETT

Tel.: 040 / 21 11 88 34

jerome.cholet@hamburgballett.de

Terminkalender

Vom 4. November bis 10. November 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 04.11.2013

- 08:30** Handelskammer
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht im **Rahmen des Abschluss-Seminars des EU-Projektes CELA (Network of Climate Change Technology Transfer Centre in Europe and Latin America)** ein Grußwort.
- 09:00** Hotel Atlantic
Senator Frank Horch spricht anlässlich des **Lateinamerika-Tages 2013** ein Grußwort.
- 11:00** Rathaus, Phönixsaal
Senator Michael Neumann begrüßt einen **internationalen Lehrgang der Führungsakademie der Bundeswehr**.
- 11:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der **Verleihung des Fritz-Schumacher Preises 2013**.

Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn nimmt teil.
- 11:00** Internationales Maritimes Museum
Senator Frank Horch spricht zum **75. Geburtstag von Karl-Otto Wulff** ein Grußwort.
- 11:30** Friedrich-Ebert-Damm 160
Senator Ties Rabe eröffnet den **Standort Wandsbek der Jugendberufsagentur**.
- 14:00** Moosrosenweg
Bürgermeister Olaf Scholz pflanzt gemeinsam mit Ehrenbürger Dr. Michael Otto im Rahmen der **Aktion „Mein Baum – Meine Stadt“** einen Baum.
- 15:00** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **neuen Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, John Emerson, zum Antrittsbesuch**.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 19:00** Commerzbank AG, Jungfernstieg 22
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt am Abendempfang anlässlich des **Lateinamerika-Tages 2013** teil.
- 19:30** Düsseldorf, Ständehaus, Ständehausstraße 1
Bürgermeister Olaf Scholz ist zu Gast beim diesjährigen **Ständehaus-Treff**.

Dienstag, den 05.11.2013

- 09:00** Hotel Atlantic Kempinski, An der Alster 72-79
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt an der **Konferenz zum Lateinamerika-Tag 2013 teil (Thema: „Die Pazifik-Allianz – Gemeinsame Werte“)**.
- 11:00** Elbcampus, Kompetenzzentrum Handwerkskammer Hamburg, Zum Handwerkszentrum 1
Senatorin Jutta Blankau spricht bei der **Verleihung des Signal-Iduna Umwelt- und Gesundheitspreises** ein Grußwort.
- 14:00** Handelskammer, Albert-Schäfer-Saal
Staatsrätin Elke Badde nimmt an einer **Podiumsdiskussion zum Thema „Finanzmarktregulierung“** teil.
- 19:00** Rathaus, Großer Festsaal
Senator Michael Neumann hält beim **Gelöbnis der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg** eine Rede.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 20:00** Hotel Atlantic Kempinski Hamburg
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Galadiners für den Lateinamerika-Verein** ein Grußwort.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.
- 20:30** Haus des Sports, Schäferkampsallee 1
Senator Michael Neumann nimmt am **Jahresempfang des Hamburger Sportbundes** teil.

Mittwoch, den 06.11.2013

ganztägig

Friedrich-König-Straße 7, Congress-Centrum Suhl
Senator Frank Horch und Staatsrat Andreas Rieckhof nehmen bis zum 07.11.2013 an der **Verkehrsministerkonferenz** teil.

- 10:30** Congress Centrum Hamburg, Marseiller Straße
Bürgermeister Olaf Scholz spricht bei der **Betriebs- und Gewerkschaftskonferenz der Deutsche Post AG** ein Grußwort.
- 11:00** Hessische Landesvertretung, Berlin
Staatsrätin Elke Badde nimmt am Verbändegespräch im Rahmen der der **Verbraucherschutzministerkonferenz** teil.
- 12:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt empfängt die Teilnehmerinnen des **Projekts „Kicking Girls“** aus Hamburg, einer Initiative der Laureus-Stiftung, des Deutschen Fußball-Bundes, der Universität Oldenburg und des Hamburger Fußballverbandes e.V., die er im Rahmen einer Informationsreise über die bundespolitische Arbeit in Berlin informiert.
- 14:00** Rathaus, Phönixsaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt begrüßt eine **Delegation aus Minsk**.
- 18:30** Freie Akademie der Künste, Klosterwall 23
Staatsrat Michael Sachs nimmt an einer **Diskussionsrunde der Hamburgischen Architektenkammer zum Thema „Die Zukunft der City Hochhäuser – Ist das ein Denkmal oder kann das weg?“** teil.

Donnerstag, den 07.11.2013

- ganztägig** Wissenschaftszentrum Bonn, Ahrstraße 35, 53175 Bonn
Staatsrat Dr. Pelikahn nimmt an der **Amtschefskonferenz** teil.
- 10:30** Haus des Sports, Schäferkampsallee 1
Senator Michael Neumann ehrt **Sportler mit Handicap**.
- 12:00** Rathaus, Turmsaal
Senator Michael Neumann überreicht das **Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland an August Ernst**.
- 14:00** Hauptkirche St. Michaelis, Englische Planke 1
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht zur **Eröffnung des ZEIT Wirtschaftsforums** ein Grußwort.
- 15:30** CCH, Hamburg
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich der **Jahrestagung Interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin** ein Grußwort.
- 18:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich des **Hamburger Hafenabends** in Berlin, an der Bundesminister Dr. Peter Ramsauer und der Senator der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Frank Horch, als Referenten teilnehmen ein Grußwort.
- 18:30** Bucerius Law School, Jungiusstraße 6
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt an der **Veranstaltung „Plattformen“ zum Projekt „Braucht Deutschland einen digitalen Code?“** teil.
- 20:00** Thalia in der Gaußstraße, Gaußstraße 190
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an der **Verleihung des „Deutschen Kinderhörbuchpreises“** teil.

Freitag, den 08.11.2013

- 09:30** Berlin, Bundesrat
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Barbara Kisseler, Senator Frank Horch und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen an der **916. Plenarsitzung des Bundesrates** teil.
- 11:00** Ernst-Deutsch-Theater, Friedrich-Schütter-Platz
Senator Ties Rabe eröffnet die **„Hamburger Märchentage“** und spricht ein Grußwort.
- 16:00** Heiligengeistfeld
Senator Frank Horch eröffnet den **Winterdom**.
- Staatsrat Andreas Rieckhof nimmt teil.

Samstag, den 09.11.2013

- 09:00** Universität Hamburg, Fachbereich Mathematik, Bundesstraße 55
Senator Ties Rabe eröffnet den **„Tag der Mathematik“** und spricht ein Grußwort.
- 19:30** Ernst Deutsch Theater, Friedrich-Schütter-Platz
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Vorstellung „Scherben“ von Arthur**

Miller.

Sonntag, den 10.11.2013

11:00 Staatliche Jugendmusikschule, Mittelweg 42
Senator Ties Rabe spricht anlässlich der **Elbkinderland-Matinee mit Rolf Zuckowski** ein Grußwort.

14:00 Thalia Theater, Alstertor
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht die **Theateraufführung „Bei den wilden Kerlen“ nach einem Roman von Dave Eggers.**